

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Die Tränen der Reue fließen zu spät“

Der Freitod des DDR-Planungschefs *Erich Apel* hat in der Bundesrepublik Kommentare und „Enthüllungen“ ausgelöst, die menschlich zumindest befremdend und politisch und „gesamtdeutsch“ zumindest kurzsichtig erscheinen. Um so mehr begrüßen wir es, daß in einer unserer besten liberalen Tageszeitungen, im *Kölner Stadt-Anzeiger* (Nr. 289, vom 13. 12. 1965) Chefredakteur *Dr. Joachim Besser* zu diesem Thema folgendes schreibt:

„Der Tod des Planungschefs der DDR, *Erich Apel*, und die Ausdeutung, die er in der Bundesrepublik erfährt, zwingen zu der traurigen Erkenntnis: In diesem Lande ist ein Kommunist erst dann ein guter Kommunist, wenn er tot ist oder seiner Macht beraubt wurde. Adenauer meinte, mit Malenkov habe sich vernünftig reden lassen; doch da war Malenkov schon gestürzt. Und heute finden viele Deutsche, daß Nikita Chruschtschow ein erträglicher Mann war. Leider ist er politisch gestorben.

Der Fall *Erich Apel* ist voller Geheimnisse. Bislang müssen wir glauben, daß er sich selbst erschossen hat. Für die keineswegs absurde

Möglichkeit, daß ihm jemand die Pistole auf den Tisch gelegt hat mit den Worten: ‚Genosse Apel, nur dein Tod noch kann der Partei dienen‘, gibt es keinen Beweis. Aber es fällt schwer, sich einen hartgesottenen Kommunisten vorzustellen, der einen Wirtschaftsplan scheitern sieht und deshalb sein Leben beendet. Logischer schon wäre es zu vermuten, daß hier ein überarbeiteter Mann in Depressionen verfiel, daß Enttäuschung hinzukam, daß er sich vom moskautreuen Flügel seiner Partei verlassen fühlte und dann schließlich in einer Kurzschluß-Reaktion Selbstmord beging. Das alles ist denkbar, aber mehr auch nicht. Unser Wissen über Apels Motive ist bis zur Stunde mehr als dürftig.

Willy Brandt hat vor acht Tagen mitgeteilt, Apel sei nicht schweigend ins Grab gegangen. Sofort wurde vermutet, Brandt besitze das Testament Apels. Am Wochenende erklärte Brandt, er habe nie von ihm bekannten Dokumenten, Briefen oder Aufzeichnungen gesprochen. Damit ist ein Märchen aus der Welt. Bleibt das zweite, das mit dem ‚Notizbuch‘ zusammenhängt, von dem der Leiter des Ostbüros der SPD, Stefan Thomas, in so bewegten Worten im Fernsehen redete.

Sprechen wir nicht über die Realität dieses Notizbuches, seinen mysteriösen Weg aus der Tasche des toten Apel in die des Herrn Thomas in Bonn. Befassen wir uns lieber mit der Theorie des Herrn Thomas und aller derer, die plötzlich den toten Erich Apel zum Nationalhelden aufzäumen. Jetzt war der SED-Planungschef auf einmal ein deutscher Kommunist. Das Wort ‚deutsch‘ ist dabei mit doppelter Lautstärke auszusprechen. Ja, die Entdecker des toten Apel gehen noch weiter: Sie lassen durchblicken, dieser Mann habe sich geopfert, um mit seinem Tod ein Fanal zu setzen: Wehrt euch gegen die bösen Moskowiter, seid national, Freunde der Bundesrepublik, wir sind mit euch.

Die deutschen Kleinbürgerseelen verlieren schon wieder den Boden unter den Füßen. Sie suchen nach einem neuen Schlageter in der DDR unter dem Motto: Gestorben für Deutschland. Man verzeihe den harten Ausdruck: Sie spinnen, sie spinnen an einem Mythos, der in ihren Köpfen leben mag, aber nie gelebt hat in dem Kopf Erich Apels.

Dieser Mann war ein Kommunist. Er erfand das neue ökonomische System. Er wollte Reformen, Anpassung an die moderne Industrielwelt des 20. Jahrhunderts. Vermutlich war er dem kommunistischen Zeitbegriff voraus. Aber er war kein Anhänger der sozialen Marktwirtschaft, der Demokratie oder der christlichen Kirchen. Er war — um es nochmals zu sagen — ein Kommunist. Keineswegs wollte er die DDR in die Bundesrepublik überführen. Was soll also die heuchlerische Begeisterung jetzt, da er tot ist?

Damit will man nur verdecken, daß man ein Jahrzehnt lang sich geweigert hat, Kommunisten als Deutsche anzusehen, daß man sich geweigert hat, sie als Menschen zu betrachten, die denken, sich bemühen und das Beste aus ihrer Sicht erstreben. Damit will man verdecken, daß man unterschiedslos alle führenden Männer der DDR als Verräter gebrandmarkt hat. Jetzt, da es vermutlich wieder einmal zu spät ist, rafft Rainer Barzel sich zu der weltbewegenden Einsicht auf: ‚Es gibt also auch in der Zone deutsche Kommunisten. Der Nachdruck liegt hier auf deutsch.‘

Diese heilige Einfalt. Viele vernünftige Menschen — und mit ihnen diese Zeitung — behaupten das seit zehn Jahren, ohne allerdings das Wort deutsch so zu bemühen. Aber unsere Politiker haben darüber gelacht. Noch heute heißt ja die Leitlinie der Bonner Außenpolitik: Die DDR isolieren. Die Folge davon ist, daß die DDR-Führung sich eng an Rußland anlehnen muß, um bestehen zu bleiben. Der Moskauer Führung in ihrer kalten Berechnung ist doch wohl jederzeit ein Wink über eine Verständigung Krenl—Bonn zuzutrauen. Solange diese Aussicht aber für die DDR-Spitze Schrecken enthält, muß sie sich Moskau fügen, muß ungünstige Handelsverträge hinnehmen, selbst wenn sie lieber dem erfolgreichen System Apels gefolgt wäre.

Immer hat es in der DDR die Stalinisten und die Titoisten gegeben, kalte Krieger und Verständigungsfreunde, wie bei uns. Unsere offizielle Politik hat sich geweigert, das zu sehen. Für sie war ein Kommunist ein Verräter an Deutschland. Hätten wir nur einmal zu verstehen gegeben, daß eine von Titoisten regierte DDR für uns anerkennungsreif sei, daß unser Ziel ein vernünftiges Miteinander und eines Tages vielleicht ein Zueinander sei, nicht aber das Verschlucken der DDR, wir wären weiter. Und unsere Politiker müßten nicht vor aller Welt die umwerfende Erkenntnis verkünden, daß auch ein Kommunist ein Deutscher sei. Diese Erkenntnis auf Lebende anstatt auf Tote angewandt, hätte bedeuten können, daß Ulbricht und Honnecker passe wären. Jetzt ist es Apel. Die Tränen der Reue fließen zu spät."

Verschiebungen im indisch-pakistanischen Spannungsfeld

Unter diesem Titel veröffentlichte die *Neue Zürcher Zeitung* in ihrer Fernausgabe Nr. 334 vom 5. 12. 1965 einen großen Aufsatz ihres außenpolitischen Redakteurs Dr. *Eric Streiff*, der seit vielen Jahren als einer der besten europäischen Kenner der Probleme Indiens (wo er auch wiederholt zu monatelangen Studienaufenthalten war) gelten kann. Wir zitieren im folgenden die wichtigsten Absätze dieser Untersuchung, die uns hilft, komplizierte Hintergründe und Zusammenhänge klarer zu beurteilen:

„Der Krieg in Kaschmir und im Pandschab hat auf dem indischen Subkontinent eine Umschichtung der Kräfte in Gang gesetzt, die schon vorher in den Ansätzen vorhanden war, die sich jedoch erst nach dem Waffengang mit größerer Deutlichkeit erkennen läßt. Als das in das Rahmenwerk des westlichen Bündnis-systems eingespannte Pakistan seinen Angriff auf Indien, den Prototyp der Bündnisfreiheit, eröffnete, sah die indische Regierung darin die Bestätigung all ihrer früher geäußerten Befürchtungen und Verdächtigungen. Seit 1954 war Delhi nicht müde geworden, den Beitritt Pakistans zum Bagdadpakt, der sich später zur CENTO wandelte, als ein Hinübergreifen des Kalten Kriegs auf die Halbinsel anzuprangern. Die indische Propaganda trachtete dabei in erster Linie darnach, die Ausdehnung des gegen den kommunistischen Osten gerichteten westlichen Abwehrsystems als ein friedengefährdendes Unternehmen des Kalten Kriegs zu brandmarken . . .

Wenn heute die Inder die Tendenz haben, die Westmächte, allen voran die Vereinigten Staaten, mit der Mitschuld am pakistanischen Angriff in Kaschmir zu belasten, so übersehen sie die Tatsache geflissentlich, daß nach dem chinesischen Angriff von 1962 und der Ausdehnung der westlichen Militärhilfe auf Indien die amerikanische und britische Diplomatie vergebliche Anstrengungen unternahm, die indisch-pakistanischen Gegensätze zu schlichten. Die Ausdehnung der westlichen Waffenhilfe auf das bündnisfreie Indien hatte beim pakistanischen Bündnispartner das tiefste Mißtrauen geweckt und eine Verbitterung erzeugt, von der sich die Seniorpartner der Militärpakte durchaus Rechenschaft ablegten. Doch trotz allen Anstrengungen gelang es ihnen nicht, die indische Regierung zu einer Bereinigung ihrer Beziehungen zu Pakistan zu veranlassen: die auf den starken Druck der beiden angelsächsischen Regierungen schließlich im Frühling 1963 in Gang gesetzten indisch-pakistanischen Gespräche blieben nach kurzer Zeit stecken und mußten schließlich ergebnislos abgebrochen werden, weil sich in der zentralen Frage — Kaschmir — auf indischer Seite das Fehlen jeder Konzessionsbereitschaft enthüllte . . .

Will man zu einem gerechten Urteil über die pakistanische Politik gelangen, die schließlich im Angriff auf den indischen Teil Kaschmirs im vergangenen August gipfelte, so wird man immer die entscheidenden Monate zwischen dem Himalajakrieg und dem ergebnislosen Abbruch der indisch-pakistanischen Gespräche im Auge behalten müssen. In dieser Zeitspanne bereitete sich in Rawalpindi der Bruch mit der bisherigen Politik des Abwartens vor: auf dem Boden der Enttäuschung und der Hoffnungslosigkeit wuchs die Entschlossenheit, die Auseinandersetzung mit Indien zu suchen, solange sich das machtpolitische

Gleichgewicht noch nicht endgültig zugunsten des indischen Gegners verschoben hatte. Direkt ausgelöst aber wurde der Angriff durch die mit immer größerer Beschleunigung von Delhi vorangetriebene Eingliederung Kaschmirs in den indischen Staatsverband.

Noch immer ungeklärt ist die Frage, wie weit Rawalpindis kriegerischer Kurs durch Peking direkt ermuntert wurde. Die Regierung Ayub Khan hatte nach dem Abschluß des Grenzvertrags mit dem kommunistischen China das Bestehen irgendwelcher Geheimklauseln energisch abgestritten. Aber die ultimative Drohung, die Peking auf dem Höhepunkt des indisch-pakistanischen Kriegs an Delhi richtete, bildet doch ein gewisses Indiz für ein vereinbartes Zusammenwirken der beiden seit 1962 miteinander befreundeten Regierungen. Bestanden Absprachen zwischen Peking und Rawalpindi, so blieben sie aber wirkungslos, weil sich die Vereinigten Staaten schützend vor das bedrohte Indien stellten. So brachte das totale Zurückweichen der chinesischen Kommunisten vor der amerikanischen Warnung für Pakistan den Ausfall jener Rückendeckung, die die Regierung Ayub Khan möglicherweise bei der Eröffnung der Offensive auf Jammu in Rechnung gestellt hatte ...

Die größte Einbuße hat Pakistan freilich durch die Neuorientierung der amerikanischen Politik in Südostasien erlitten. Von 1951 bis 1962 war die Haltung Washingtons gegenüber den Problemen, die der ost- und südostasiatische Raum stellte, durch die Politik des Containment gekennzeichnet gewesen. Mit Hilfe von Militärpakten und Bündnisystemen versuchte Washington das weitere Vordringen des Kommunismus in Asien einzudämmen und aufzuhalten. Die mit dem chinesischen Angriff auf Indien im Herbst 1962 und die Guerillatätigkeit in Vietnam in Erscheinung tretende neue Taktik der chinesischen Kommunisten enthüllte jedoch die beschränkte Wirksamkeit dieser Paktsysteme und brachte den Vereinigten Staaten zum Bewußtsein, wie schmal in diesen von der kommunistischen Infiltration bedrohten Gebieten die territoriale Basis war, auf der sich der Widerstand gegen das weitere Vordringen des aggressiven chinesischen Kommunismus organisieren ließ: von 1962 an kann man eine neue Konzeption der amerikanischen Asienpolitik erkennen, die durch den Versuch gekennzeichnet ist, die alten, durch die Militärpakte geschaffenen Bindungen durch die Knüpfung engerer Beziehungen zu den freien, demokratisch organisierten Nationen Südostasiens, in erster Linie Indien, zu ergänzen und zu erweitern. Die kompakte Landmasse Indiens mit ihrer Bevölkerung von rund 480 Millionen Einwohnern bildet nach dieser neuen amerikanischen Konzeption in Südostasien die einzige wirklich solide Grundlage für den Aufbau eines Systems der Abwehr gegenüber dem chinesischen Kommunismus. Hand in Hand da-

mit geht die Lockerung der Beziehungen zum alten pakistanischen Bündnispartner, die auch eingetreten wäre, wenn sich Rawalpindi nicht an Peking angelehnt hätte. Man kann höchstens sagen, daß die chinesisch-pakistanische Annäherung es Washington erleichterte, die allianzpolitischen Gewichte neu zu verteilen.

Der Krieg im Himalaja schaffte gleichzeitig die psychologischen Voraussetzungen für eine Neuorientierung der indischen Außenpolitik, die der neuen amerikanischen Doktrin erst die volle Entfaltung gestattete. Zwar erfuhr der Grundsatz der Bündnisfreiheit auch nach dem erlittenen Schock keine Abschwächung. Aber im Rahmen der als eigentliches außenpolitisches Glaubensbekenntnis behandelten Politik des Nonalignment wuchs in Delhi doch die Neigung nach einer stärkeren Anlehnung an den Westen. Er spiegelte sich in der Bereitschaft Delhis zur Entgegennahme westlicher Rüstungshilfe und vor allem im taktischen Zusammenwirken der Luftwaffe Indiens mit den Luftwaffenstäben der Vereinigten Staaten und Großbritanniens: schon im Juni 1963 wurde das Abkommen über die gemeinsame Luftverteidigung Indiens abgeschlossen, und im September des gleichen Jahres folgten die ersten gemeinsamen Luftmanöver, die den neuen Stand der Beziehungen Indiens zum Westen auf das deutlichste signalisierten.

Die Anstrengungen Washingtons zu einer Zusammenfassung der pekingfeindlichen Kräfte in Südostasien verliefen freilich nicht geradlinig, sondern stellten die amerikanische Diplomatie vor eine Reihe von Problemen, die es schwierig machen, die Erfolgsaussichten des neuen Kurses zu beurteilen. Auf der einen Seite brachte die Reorganisation der amerikanischen Asienpolitik eine Abkühlung der Beziehungen zu Pakistan, die Washington jedoch als unvermeidliche politische Nebenwirkung mit in Kauf nahm. Doch diese Schwächung des allianzpolitischen Gefüges in Südostasien fand ihr Korrelat nicht in einer entsprechenden Stärkung der Bande zu Indien. Vielmehr erlitten die Beziehungen zum umworbenen indischen Partner durch den Angriff der von den Amerikanern aufgerüsteten pakistanischen Armee sowie durch die sofortige Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen nicht nur an Pakistan, sondern auch an Indien, eine Belastung, die sich in einem neuen Ausbruch amerikafeindlicher Gefühle in der indischen Öffentlichkeit deutlich genug manifestierte ...

Das unausbalancierte Verhältnis wurde dadurch verschärft, daß die Sowjets sogleich die durch das amerikanische Waffenembargo geschaffene Lücke auszufüllen begannen. Da aber heute in Indien das Maß der Freundschaft nicht an der Hilfe für die hungernden Massen gemessen wird, sondern in erster Linie an der Bereitschaft zur Stärkung des indischen Kriegspotentials, sieht sich die amerikanische Regierung vor Schwierigkeiten gestellt, die nicht mit

dem guten Willen der Administration Johnson allein beiseite geräumt werden können.

Die Problematik des indisch-amerikanischen Verhältnisses wird dadurch verstärkt, daß sich die Regierung Shastri im Jahr 1967 zu den allgemeinen Wahlen stellen muß. Bis dahin bewegt sich der Premierminister in dem von Nehru geerbten Mantel, was bedeutet, daß er sich nicht von der Basis entfernen darf, auf der er sein Amt antrat. Diese Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit macht sich vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik spürbar. Weder wird es ihm leichtfallen, gegenüber Pakistan eine großmütige Haltung einzunehmen, noch wird er sich dem Verdacht aussetzen dürfen, sich allzusehr nach den Wünschen der amerikanischen Regierung zu richten.

Dies diktiert der amerikanischen und der mit ihr weitgehend parallel gehenden britischen Diplomatie ihr weiteres Vorgehen. Da die vollständige Opferung Pakistans nicht im Interesse des Westens liegen kann, andererseits aber die Festigung des Vertrauensverhältnisses zu Indien von imperativer Bedeutung bleibt, werden die beiden angelsächsischen Mächte versuchen müssen, durch eine sorgfältige Dosierung ihrer Einwirkungen nach beiden Seiten hin eine Entspannung zu begünstigen. Mag auch der Versuch einer Lösung des Kaschmirkonflikts durch eine Kompromißformel der Quadratur des Zirkels gleichen, so bleibt doch kein anderer Weg für eine allmähliche Lösung der Schwierigkeiten, als das geduldige Hinstreben auf eine mittlere Linie hin.

Da die Integration der von Indien besetzten Teile Kaschmirs in den indischen Staatsverband eine Forderung ist, von der Delhi nach der Abweisung des pakistanischen Angriffs nicht mehr abzubringen sein wird, zeichnet sich die Teilung des Gebirgsstaates entlang der Waffenstillstandslinie von 1949 als eine der wenigen überhaupt möglichen Lösungen ab. Denn nach dem neuen vergeblichen Versuch, sich mit Waffengewalt sein Recht in Kaschmir zu holen, erscheint die Manövrierfähigkeit Pakistans überaus eingeschränkt. Will es sich nicht in einen selbstmörderischen Verzweiflungskampf stürzen, in dem es zur Rettung seiner nationalen Ehre seine Existenz selbst aufs Spiel setzen würde, so bleibt ihm kaum ein anderer Ausweg, als sich mit kühlen Sinnen auf die harten Fakten des durch den Krieg geschaffenen neuen Kräfteverhältnisses einzustellen. Daß es dabei nicht gänzlich der Willkür des indischen Rivalen ausgesetzt bleibt, sondern sich wenigstens in beschränktem Maße auf die Unterstützung durch den Sicherheitsrat berufen kann, könnte Rawalpindi vielleicht doch ein schließliches Einlenken erleichtern: denn die Resolution des Sicherheitsrates vom 20. September 1965 enthält in ihrem vierten Paragraphen die ausdrückliche Feststellung, daß eine Regelung der politischen Probleme des gegenwärtigen Konflikts eine Aufgabe ist, der

sich der Rat widmen will, sobald die in der vorangehenden Resolution vom 6. September vorgesehenen Bestimmungen erfüllt sind.

Einer der wenigen Lichtblicke in der im übrigen nach wie vor verdunkelten Szene bildet der Umstand, daß sich unter den Großmächten ein gewisses Maß an Übereinstimmung in bezug auf die weitere Behandlung des Konflikts abzuzeichnen scheint. Denn die angelsächsische Diplomatie wirkt im stillen auf das gleiche Ziel hin, das die Sowjets mit der Einladung der beiden Hauptakteure des Dramas nach Taschkent auf spektakulärere Weise zu erreichen versuchen. Ob jedoch diese im Augenblick festzustellende Heraushaltung des indisch-pakistanischen Konfliktes aus der Sphäre des kalten Kriegs von Dauer sein wird, vermag heute noch niemand vorauszusagen."

lichen Ausführungen mit der Feststellung, daß kein einziger Staat der Welt die These akzeptiere, hier handle es sich um ein offenes und noch zu regelndes Problem; er fügt hinzu, „es gäbe keine wirksamere Unterstützung kommunistischer Propagandathesen, als wenn ein nicht-kommunistischer Staat versuchen wollte, seine politische Strategie auf der Grundlage Hitlerscher Erwerbungen aufzubauen".

W.F.

Hinweis

In einer völkerrechtlichen Untersuchung, die von der Monatsschrift *Außenpolitik* (November 1965) veröffentlicht wird, beschäftigt sich Dr. J. W. Brügel mit der Frage der „Weitergeltung" des Münchner Abkommens von 1938. Bekanntlich wird vom deutschen nationalistischen Lager immer wieder behauptet, daß das, was Hitler damals den Westmächten abgelistet hat, noch immer geltendes Recht sei, und die seinerzeit von den Sudetendeutschen bewohnten Gebiete seien „eigentlich" immer noch ein Teil Deutschlands. Brügel weist darauf hin, daß das Abkommen von München nur durch grobe Verletzung des Völkerrechts zustande kommen konnte. England und Frankreich waren durch den Völkerbundpakt verpflichtet, die Unversehrtheit des Gebietes eines Völkerbundmitglieds zu wahren und zu verteidigen; Deutschland war durch einen ungekündigten Vertrag gebunden, alle Streitigkeiten mit der Tschechoslowakei einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Nach Hitlers Gewaltstreich vom 15. März 1939 haben, wenn auch zunächst zögernd, London und Paris ihre Unterschrift unter dem Münchner Abkommen widerrufen und sind damit auf den Pfad des Völkerrechts zurückgekehrt. Frankreich und Italien haben in feierlichen Erklärungen ausgesprochen, daß das Abkommen ihrer Meinung nach von Anbeginn nichtig war. Großbritannien hat zuletzt durch den Mund des gegenwärtigen Außenministers *Michael Stewart* im Einklang mit der Haltung der Bundesregierung die Nichtigkeit vom Augenblick an verkündet, zu dem Hitler selbst das Abkommen zerrissen hat. Stewart hat in diesem Zusammenhang wiederholt, daß sein Land im Falle künftiger Friedensverhandlungen die 1937 bestandene Grenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei als außerhalb jeder Diskussion betrachte. Die Vereinigten Staaten haben die in München gezogene Grenze nie anerkannt. Brügel schließt seine streng sachlichen und fach-